

KREISDEPRESSIONEN



Von Peter Braune

Eine milde Gabe für die Kreisverwaltung

Kreis Plön/Lütjenburg. Matthias Potrafky ist ins Grübeln gekommen. Kurz vor Weihnachten, wo er eigentlich noch das eine oder andere Geschenk kaufen wollte, muss der Hohwachter jetzt abwägen, ob es nicht Wichtigeres geben könnte, als „schnöder Tand“: Er könnte sich einmal etwas Ausgefallenes gönnen, was nicht jeder hat – etwa wichtige behördliche Informationen zum Notarztstandort Lütjenburg.

An diesem Thema ist er nicht nur selbst persönlich interessiert, sondern nachweislich mehr als 10 000 Menschen in der Region. Und diese Erkenntnis, damit Gutes zu tun, müsste ihm eigentlich 450 Euro wert sein – das meint jedenfalls die Plöner Kreisverwaltung.

In dieser Höhe soll sich nämlich die Rechnung für den Verwaltungsaufwand belaufen, eine Reihe von Fragen zu beantworten, die der Sprecher des Aktionsbündnisses zum Erhalt des Notarztstandortes in der Sitzung des Kreistages am 3. November (!) gestellt und nur teilweise beantwortet bekommen hatte. Und weil Matthias Potrafky nunmehr auf den Tag genau vor fünf Wochen so nett gewesen war, der Bitte der stellvertretenden Verwaltungsleiterin nachzukommen und die Fragen schriftlich nachzureichen, sitzt er nun in der Falle: Entweder Geschenke für die Lieben oder doch finanzielle Unterstützung aus eigener Schatulle für Beamte, die durch seinen Fragenkatalog offenbar erst darauf aufmerksam

gemacht wurden, was sie in der Vorbereitungsphase für die Entscheidung im Kreistag selbst hätten abklären können (und müssen).

Die Verwaltungsleute können sich jetzt auf das Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen (IFG) berufen, weil mit dem Einreichen der schriftlich formulierten Fragen eine kostenpflichtige Anfrage gestellt wurde. So ist das nun mal.

Allerdings wird in dem Schreiben an Matthias Potrafky auch eingeräumt, dass er natürlich nur für die Fragen zu zahlen habe, die nicht schon von Kreistagsabgeordneten zum selben Thema gestellt wurden, und dass er noch – „ein Gebot der Fairness“ – die Möglichkeit eingeräumt bekomme, von einer Beantwortung abzusehen.

Vor allem diesem Teil des Briefes kann er nicht auf Anhieb folgen. Es drängen sich nämlich sofort weitere Fragen auf: Wie kann er als Außenstehender wissen, welche Fragen schon „offiziell“ gestellt wurden? Welche Frage kostet wie viel? Wer hat es versäumt, in der Vorbereitung darauf hinzuweisen, warum die Arbeit der Verwaltung beim Aufarbeiten ihrer Versäumnisse privat bezahlt werden soll? Wie trägt sich die Kostenberechnung mit dem Recht auf Information?

Bis er alle Antworten bekommt, wird es wohl schon Ostereier geben. Aber die Zeit braucht Matthias Potrafky. Schließlich muss er bis dahin viel Geld ansparen.